

Schweiz

Asylpolitik



Asylsuchende aus Südosteuropa im Bundes-Empfangszentrum in Basel. Foto: Heike Grasser (Ex-Press)

Weniger Gesuche, mehr Plätze

Die dringliche Revision des Asylgesetzes hat kurzfristig zu etwas tieferen Gesuchszahlen geführt. Wer schutzbedürftig ist, erhält aber nach wie vor Asyl.

Von Christian Brännimann, Bern

Am 9. Juni kommt die dringliche Revision des Asylgesetzes vor das Volk. Sie war Ende September vom Parlament per sofort in Kraft gesetzt worden. Für das Referendum hatten die jungen Grünen zusammen mit anderen linken, kirchlichen und asylrechtlichen Organisationen mehr als 63 000 Unterschriften gesammelt. Sie sehen die humanitäre Tradition der Schweiz von der Revision bedroht. Der TA hat die wichtigsten Fragen und Antworten zur Vorlage zusammengetragen.

Worum geht es bei der dringlichen Revision des Asylgesetzes?

Die Revision kann als weitere Verschärfung interpretiert werden, weil sie den Zugang zum Schweizer Asylwesen etwas einschränkt. Gleichzeitig beinhaltet sie erste Massnahmen für die Neustrukturierung des Asylsystems. Die wichtigsten Punkte sind:

- Die Abschaffung der Möglichkeit, auf Schweizer Vertretungen im Ausland ein Asylgesuch einzureichen.
- Die Bestimmung, dass Kriegsdienstverweigerer und Deserteure keine Flüchtlinge sind.
- Die Erlaubnis für den Bund, eigene Bauten für maximal drei Jahre als Asylunterkunft zu nutzen, ohne bei Gemeinden oder Kantonen eine Bewilligung einzuholen.
- Die Möglichkeit, spezielle Zentren für renitente Asylbewerber zu eröffnen.
- Die Erlaubnis, neue Verfahrensabläufe in einem Testzentrum auszuprobieren. Ein solches Zentrum für 500 Personen plant der Bund in Zürich.

Welchen Stellenwert haben Auslandsgesuche für Asylbewerber?

Die Schweiz war das einzige europäische Land, in dessen Auslandsvertretungen ein Asylgesuch eingereicht werden konnte. 2011 machten über 6000 Personen von der Möglichkeit Gebrauch, knapp die Hälfte davon waren Eritreer. Gemäss Zahlen des Bundesamts für Migration (BFM) führten in den letzten Jahren nur 11 Prozent der Auslandsgesu-

che zu einer Einreise, wovon wiederum weniger als die Hälfte der Personen später tatsächlich Asyl erhielt. Seit 1980 erhielten gut 2000 Personen durch ein Auslandsgesuch Asyl. Zum Teil waren es Familienangehörige von bereits in der Schweiz lebenden Flüchtlingen. Diese Personen sowie akut Bedrohte können nach wie vor direkt einen Einreiseantrag stellen.

Bedeutet der Kriegsdienstverweigerer-Artikel, dass nicht mehr alle Schutzbedürftigen in der Schweiz Asyl erhalten?

Nein. Justizministerin Simonetta Sommaruga zufolge erhalten Asylsuchende, die in der Heimat wegen Wehrdienstverweigerung an Leib und Leben bedroht sind, nach wie vor Asyl. Das Parlament hat im Gesetz explizit festgehalten, dass die Genfer Flüchtlingskonvention auch bei Deserteuren eingehalten werden muss. Die Gegner der Gesetzesrevision befürchten dennoch, dass die Betroffenen nur noch vorläufig aufgenommen werden, was die Integration und den Familiennachzug erschweren würde.

Wie haben sich die Verschärfungen bisher ausgewirkt?

Zumindest kurzfristig scheint die Revision eine gewisse dämpfende Wirkung zu haben: Die Zahl der Gesuche von Eritreern nahm seit Oktober ab und liegt deutlich unter dem Vorjahresniveau. Eritreer sind von der Abschaffung der Auslandsgesuche am stärksten betroffen und flüchten oft nach einer Desertion ins Ausland. BFM-Direktor Mario Gattiker geht davon aus, dass der Kriegsdienstverweigerer-Artikel bei ihnen auch symbolische Wirkung hat.

Beschleunigt die Revision die Verfahren?

Die Revision trägt zu mehr bundeseigenen Asylzentren bei. Das ist eine Voraussetzung, um die Verfahrensdauern langfristig zu senken. Dafür sind aber noch weitere Gesetzesanpassungen nötig. Einen Teil davon hat das Parlament bereits in einem zweiten, nicht dringlichen Paket verabschiedet. Eine dritte Vorlage

dürfte in den kommenden Wochen in die Vernehmlassung gehen. Darin sollen unter anderem kürzere Beschwerdefristen und der Rechtsschutz für Asylsuchende geregelt werden.

Wie will Sommaruga die Verfahren langfristig beschleunigen?

In einigen Jahren sollen nur noch 40 Prozent aller Asylsuchenden auf kantonale Zentren verteilt werden. Heute ist es die überwiegende Mehrheit. 60 Prozent will der Bund während des ganzen Verfahrens in den eigenen Strukturen unterbringen. Indem alle Verfahrensschritte direkt vor Ort abgewickelt werden, sollen diese Verfahren nur noch maximal 100 Tage dauern.

Wo will der Bund Zentren eröffnen?

Derzeit stehen vor allem Armeeliegenschaften zur Diskussion. Einige Standorte für neue dreijährige Bundeszentren sind bekannt: Bremgarten AG, Les Rochats VD, Gotthard TI und Bedretto TI. Jedoch ist etwa in Bedretto der Widerstand der lokalen Bevölkerung gross. Bis in einigen Jahren möchte der Bund die Kapazität in Empfangsstellen und eigenen Zentren auf 6000 Betten vervierfachen.

Wer gilt als renitent, und wo soll ein Renitentenzentrum entstehen?

Asylsuchende, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder den Betrieb in einem Zentrum stören, können als renitent eingestuft werden. Der Standort für ein Renitentenzentrum ist noch unklar. Interesse signalisierten Genf und Tessin.

Wie lange ist das dringliche Recht gültig, und was geschähe bei einem Volksnein zur Revision?

Das dringliche Recht ist bis September 2015 befristet. Danach müsste es in ordentliches Recht überführt werden. Lehnt die Bevölkerung die dringliche Revision ab, treten die Regelungen diesen September wieder ausser Kraft.

Dossier:
www.asyl.tagesanzeiger.ch

Seit drei Jahrzehnten dieselben Probleme

Schnellere Verfahren und ein besserer Vollzug: Diese Schlagworte prägen die Asyldebatte seit langem. Der Einfluss der Politik ist aber beschränkt.

Von Christian Brännimann, Bern

Das Asylrecht ist eine ewige Baustelle. Seit mehr als drei Jahrzehnten basteln Politik und Verwaltung an Gesetzen, Verordnungen und Weisungen, um die Situation zu verbessern - mit mässigem Erfolg.

Ein Blick ins Archiv des Parlaments führt das Scheitern vor Augen: «Die Massnahmen haben zum Ziel, die Handlungsfähigkeit in der Asylpolitik zurückzugewinnen und die Attraktivität unseres Landes als Einwanderungsland zu brechen.» Das sagte der ehemalige SVP-Nationalrat und Kommissionssprecher Theo Fischer anno 1986 bei der Beratung der zweiten von inzwischen zehn Revisionen des Asylgesetzes. Identische Wortmeldungen gab es in der jüngsten Revisionsrunde zuhauf. Und auch Fischers Nachsatz ist 2013 aktueller denn je: «Im Vordergrund stehen die Beschleunigung des Verfahrens und die Sicherung des Vollzuges des Asylgesetzes.»

Schnellere Verfahren: Eine ganze Politikergeneration hat sich die Zähne daran ausgebissen. In allen bisherigen Gesetzesrevisionen habe man an Details geschraubt und im Ergebnis das Asylwesen kompliziert statt vereinfacht, sagte der aktuelle Chef des Bundesamts für Migration (BFM), Mario Gattiker, kurz nach seinem Amtsantritt vor einem Jahr. Mit gestrafften Verfahren in Bundeszentren - einer «fundamentalen Neustrukturierung» - soll es nun endlich gelingen, den Knoten zu lösen.

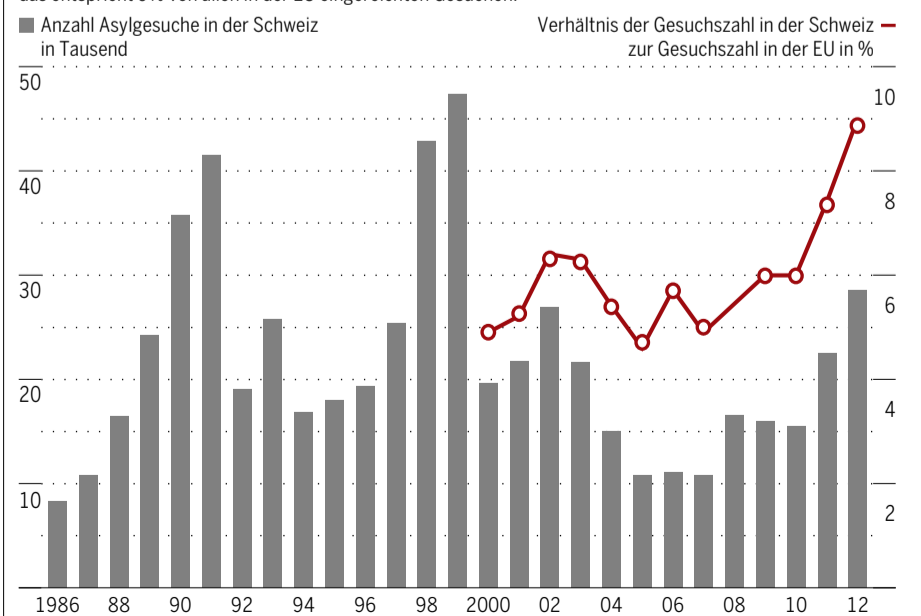
Entscheidend ist das Umfeld

Die von Gattiker angesprochenen «Details» waren im Wesentlichen Verschärfungen. Getrieben von der SVP, die das Migrationsthema so geschickt bewirtschaftete, dass sie zur stärksten Partei aufstieg, versuchte das Parlament sukzessive, die Hürden für Asylsuchende zu erhöhen. Es führte Gründe für ungültige Asylgesuche ein, strich abgewiesenen Asylbewerbern die Sozialhilfe, schaffte eine Beschwerdeinstanz ab oder ermöglichte es, Abgewiesene in monatelange Ausschaffungshaft zu nehmen.

Dabei ist das internationale Umfeld viel entscheidender für den Zustrom Asylsuchender als das hiesige Recht. Am meisten neue Asylgesuche gingen kurz vor und während der Jugoslawienkriege in den 1990er-Jahren ein. Nach einem Rückgang auf das Niveau Mitte der 1980er-Jahre stieg die Zahl neuer Gesuche erst mit dem arabischen Frühling ab Februar 2011 wieder deutlich über 20 000 an.

Die Zahl der Asylgesuche steigt in der Schweiz stärker als in der EU

Lesebeispiel: Im Jahr 2012 wurden in der Schweiz 28 631 Asylgesuche eingereicht, das entspricht 9% von allen in der EU eingereichten Gesuchen.*



* In einigen EU-Ländern werden mehrere Gesuche von Angehörigen derselben Familie als eines gezählt.

TA-Grafik mru / Quelle: Bundesamt für Migration, Eurostat

Dennoch nimmt SVP-Nationalrat Christoph Blocher, der dem Justizdepartement von 2004 bis 2007 vorstand, für sich in Anspruch, die Gesuchszahlen in seiner Amtszeit deutlich gesenkt zu haben. Für den Generalsekretär der Flüchtlingshilfe, Beat Meiner, ist das schlicht «lächerlich». Die Asylzahlen seien damals in den umliegenden Ländern mindestens ebenso stark zurückgegangen, sagt er.

Ein Vergleich der Gesuchszahlen der Schweiz und der heutigen EU-27-Staaten zeigt, dass sich die Zahlen hier wie dort in den 2000er-Jahren tatsächlich ähnlich entwickelt haben. Dennoch stimmt es, dass das Verhältnis in Blochers Amtszeit, nämlich im Jahr 2005, den Tiefpunkt erreicht hat. Damals machte die Zahl der in der Schweiz eingereichten Gesuche 4,6 Prozent der in der EU gestellten Gesuche aus. Dieser Wert wuchs 2012 auf 9 Prozent an. Die Asylzahlen stiegen in der Schweiz in den letzten zwei Jahren also stärker als in der EU. Verglichen mit der Zahl der Einwohner, wurden 2012 nur in Schweden mehr Asylgesuche eingereicht als hierzulande.



Mario Gattiker
Der Direktor des Bundesamts für Migration strebt eine «fundamentale Neustrukturierung» des Asylwesens an.

In jüngerer Zeit hat insbesondere die Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge zugenommen. Sie vermischen sich mit tatsächlich schutzbedürftigen und machen das Asylwesen träge. Die Anerkennungsquote aller Asylsuchenden sank von über 80 Prozent Ende der 1970er-Jahre auf 10 bis 20 Prozent. Und auch in Sachen Wirtschaftsmigration ist schon lange klar, dass kaum Steuerungsmöglichkeiten existieren. «Weitgehend gescheitert ist die Abhaltestrategie gegenüber nicht schutzbedürftigen Migranten», schrieb der damalige Amtschef, Jean-Daniel Gerber, 2003 in einer Fachpublikation.

SVP droht mit Initiative

Gehen auch die aktuellen Pläne zur Neustrukturierung und Beschleunigung der Asylverfahren nicht auf, ist ein strengeres Asylrecht wird nicht abnehmen. Bereits droht die Partei mit einer neuen Volksinitiative, mittels welcher sie Verschärfungen durchsetzen will, die im Parlament nicht mehrheitsfähig waren. So will die SVP beispielsweise die Justiz als Rekursinstanz ausschalten und stattdessen eine verwaltungsinterne Stelle schaffen. Noch finden die anderen bürgerlichen Kräfte, ein solcher Eingriff schiesse über das Ziel hinaus.